

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 14.03.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Audit zur familiengerechten Kommune"
Vorlage: 1454/2019
2. Antrag der CDU-Fraktion zur Teilfinanzierung einer 0,5 Stelle für die Wohnberatung für ältere Mitbürger
Vorlage: 1474/2019
3. Antrag der SPD-Fraktion: Vorstellung der Initiative "Erinnern - Geilenkirchen"
Vorlage: 1489/2019
4. Jahresbericht 2018 der Stadtbücherei Geilenkirchen
Vorlage: 1491/2019
5. Übersicht über die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Schulen zum Schuljahr 2019/2020
Vorlage: 1490/2019
6. Eintrittsgelder für Vereine im Gelobad
Vorlage: 1492/2019
7. Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Marko Banzet

Mitglieder

2. Herr Hans-Jürgen Benden
3. Frau Karola Brandt
4. Frau Christa Butenschön
5. Frau Jennifer Diederichs
6. Herr Christoph Grundmann
7. Frau Theresia Hensen
8. Herr Michael Kappes
9. Herr Nils Kasper
10. Herr Thomas Klein
11. Herr Bernhard Kozikowski
12. Herr Stefan Mesaros
13. Herr Lars Speuser
14. Frau Ruth Thelen
15. Herr Heinz-Josef von St. Vieth
16. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

17. Herr Uwe Böken
18. Herr Peter Pauli

Stellvertretendes Mitglied

19. Herr Wilfried Kleinen Vertretung für Herrn Leonhard Kuhn

Sachkundige/r Bürger/in

20. Herr Uwe Jöris
21. Herr Frank Paulus
22. Herr Heinz-Arno Plum
23. Frau Karin Rodenbücher Vertretung für Frau Katja Wegner-Hens
24. Herr Werner Thamer

von der Verwaltung

25. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
26. Herr Daniel Goertz
27. Herr Hermann-Josef Lehnen
28. Frau Irmtrud Penners
29. Herr Wilfried Schulz

Es fehlten:

30. Frau Pfarrerin Anne Lungová
31. Herr Leonhard Kuhn
32. Frau Katja Wegner-Hens

Ausschussvorsitzender Banzet eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Gäste sowie Herrn Zohren von der Stadt Aachen, Herrn Bruckschen von der Initiative Erinnern und die Leiterin der Stadtbücherei, Frau Zaharanski, Sodann stellte er die ordnungs- und fristgemäße Einladung zur Sitzung fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie gegen die Niederschrift über die Ausschusssitzung vom 20.11.2018 wurden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Audit zur familiengerechten Kommune"** **Vorlage: 1454/2019**

Der Vertreter der Stadt Aachen, Herr Zohren, erläuterte den Beschluss und den Weg der Stadt Aachen hin zu einer familienfreundlichen Stadt. Dabei machte er u. a. darauf aufmerksam, dass eine solche Entwicklung durchaus geeignet sei, die Wirtschaftskraft einer Stadt zu stärken, da Unternehmen im Wettbewerb um geeignete Mitarbeiter immer mehr dazu übergingen, bei ihrer Standortsuche solche, die familienfreundlich seien, zu bevorzugen. Familienpolitik sei daher zugleich auch immer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Zur Vertiefung verwies er auf die eingangs der Sitzung ausgelegten Broschüren der Stadt Aachen „Familienfreundliche Stadtplanung – Kriterien für Städtebau mit Zukunft“ und „Von Klein bis Groß – Individuelle Lösungen für die betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“.

Herr Benden bewertete den Vortrag positiv. Er habe dargelegt wie wichtig eine gute Netzwerkpolitik und Ergebnisoffenheit sei, um mit so einem Vorhaben Erfolg haben zu können. Es sei äußerst wichtig, dass die Verwaltung auf die Familien zugehe. Gleichwohl bedeute die Einführung eines solchen Audits eine Mehrbelastung für die Mitarbeiter und mehr Aufwand. Auf seine entsprechende Frage antwortete Herr Zohren, dass das Thema nicht mehr die Priorität wie in 2010 genieße, da inzwischen andere Themen in den Fokus gerückt seien, wie z. B. die Integration. Es gelte daher, das Interesse zur Erreichung einer familienfreundlichen Stadt aufrecht zu halten, entsprechende Impulse zu setzen und den Fokus neu auszurichten. Hierzu bedürfe es engagierter Mitarbeiter, denen entsprechende Freiräume gewährt werden müssten. Das Ziel familienfreundliche Stadt in Kombination mit Wirtschaftsförderung und Integration schlossen einander nicht aus. Die Kostenfrage sei zu Beginn des Prozesses nicht zu klären. Es empfehle sich daher, Ideen zu benennen und über sie im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden. Durch das Audit werde man gut geleitet.

Ausschussvorsitzender Banzet dankte Herrn Zohren für seine Ausführungen.

Herr Benden verwies auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Heute, aber auch bereits in Stolberg, habe man gute Informationen sammeln können. Es empfehle sich, das Thema zunächst in den Fraktionen zu behandeln, um sich danach in interfraktionellen Gesprächen abzustimmen.

Herr Weiler stimmte ihm prinzipiell zu, gab aber zu bedenken, ob es sinnvoll sei, alleine die Fraktionen bzw. die Verwaltung als Ideengeber tätig werden zu lassen oder ob man besser von vornherein auf die Familien zugehen solle. Geilenkirchen verzeichne einen starken Zuzug an Familien. An sie könne man die Frage richten, was aus ihrer Sicht die Stadt als familienfreundlich auszeichne.

Für Herrn Benden ging es zurzeit noch nicht um das wie, sondern ob Geilenkirchen den Prozess beginne.

Ausschussvorsitzender Banzet fasste zusammen, es gehe der Aufruf an die Fraktionen, das Thema mit in ihre Beratungen zu nehmen, um es danach in interfraktionellen Gesprächen gemeinsam weiter zu behandeln und ggf. im Rat zu beschließen.

**TOP 2 Antrag der CDU-Fraktion zur Teilfinanzierung einer 0,5 Stelle für die Wohnberatung für ältere Mitbürger
Vorlage: 1474/2019**

Herr Weiler verwies zur Vermeidung von Wiederholungen auf die mit der Einladung zugestellte Sitzungsvorlage. Aktuell gebe es bei der Kreisverwaltung zwei Mitarbeiter, die primär eine Pflegeberatung anböten. Leider würden diese erst tätig, wenn sozusagen das Kind in den Brunnen gefallen sei, d. h. wenn ältere Menschen krank geworden oder verunfallt seien und infolgedessen einer Pflege bedürften und nicht mehr alleine in ihrem Heim verbleiben könnten. Zur Vermeidung einer solchen Situation setze die Wohnberatung an. Sie wirke präventiv und diene dazu den älteren Menschen einen Heimaufenthalt zu ersparen oder ihn zumindest möglichst lange hinaus zu zögern. Da die Wohnberatung ein komplexer Themenbereich sei, empfehle es sich, sie zentral in der Innenstadt anzubieten. Das Franziskusheim könne hier kompetent unterstützen. Zwar entlasteten die Ersparnisse, die infolge einer guten Wohnberatung erzielt werden könnten, nicht unmittelbar den Haushalt der Stadt, es könne aber erwartet werden, dass die Kreisumlage mittelfristig sinke. Bei der Wohnberatung ginge es nicht um eine bauliche Beratung, sondern vielmehr darum, ob z. B. eine mobile Rampe beschafft werden und wo eine Förderung für die Maßnahme beantragt werden könne. Für den barrierefreien Umbau einer Wohnung stelle die NRW.Bank zinslose Darlehn zur Verfügung. Die Wohnberatung sei kostenlos für den Nutzer. In Anbetracht der Tatsache, dass 12 % der Geilenkirchener Bürger 65 Jahre oder älter seien und die Tendenz steige, sei es ratsam für die Stadt 9.900,00 € in die Hand zu nehmen, um dauerhaft höhere Kosten zu sparen.

Herr Mesaros befand, in Geilenkirchen sei einiges in Bewegung. Es würden zahlreiche Projekte begonnen und man müsse aufpassen, sich nicht personell und finanziell zu übernehmen. Der Bedarf sei jedoch da und das Projekt sinnvoll. Die Fraktion Für GK! werde es daher unterstützen.

Herr Grundmann unterstützte ebenfalls den Vorschlag des Herrn Weiler. Es sei sinnvoll präventiv zu arbeiten und älteren Menschen einen Heimaufenthalt zu ersparen. Der Vorstoß passe sehr gut zum Inhalt des vorangegangenen Vortrags über die familiengerechte Stadt. Daher stelle sich für ihn die Frage, ob die Wohnberatungen vom Franziskusheim ausgeführt werden sollten oder ob man sie nicht lieber gleich in den Bereich der familiengerechten Kommune mit einbinde. Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der CDU jedoch zustimmen.

Herr Benden lobte den Antrag als gut und zielführend und bekundete die Unterstützung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es stelle sich allerdings die Frage, wie ältere Menschen aus den Außenorten einbezogen werden könnten. Hier müsse über einen fahrbaren Dienst, der nicht mehr mobile Bürger/Innen von den Außenorten zu den Einrichtungen in der Stadtmitte bringe und zurück, nachgedacht werden.

Herr Kleinen befand den Antrag angesichts des demografischen Wandels als gut. Er gab aber zu bedenken, dass eine Stelle, die beim Franziskusheim eingerichtet werden solle, nicht aus Haushaltsmitteln der Stadt mitfinanziert werden dürfe. Weiter müsse man sich fragen, ob man mit der Finanzierung nicht Aufgaben des Kreises übernehme und ob dies gewollt und erlaubt sei. Auf seine entsprechende Anfrage antwortete Herr Goertz, es handele sich im vorliegenden Fall um eine freiwillige Leistung. Die Prüfung nach EU-Recht dauere zurzeit noch an.

Frau Brandt führte aus, in Geilenkirchen gebe es kaum behindertengerechten und bezahlbaren Wohnraum. Insbesondere kleine Wohnungen seien rar. Es sei nahezu unmöglich für die Bedürftigen Förderungen zu erhalten, wenn der Medizinische Dienst ihnen den hierfür notwendigen Pflegegrad nicht zuerkenne. Da zudem die entsprechenden Anträge beim Kreis zu stellen wären, könne man bei der Beratung den Kreis nicht umgehen. Es stelle sich daher die Frage, ob es Sinn mache, dass die Stadt Aufgaben übernehme, für die eine andere Stelle zuständig sei.

Herr Kasper schloss sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Wenn die Aufgabenerfüllung beim Kreis liege, mache es eher Sinn den Antrag im Kreistag zu stellen. Ein etwaiger Stellenbedarf sei bei der zuständigen Behörde zu decken.

Herr Kozikowski sprach sich dafür aus, das Franziskusheim bei der Einrichtung einer Beratungsstelle zu unterstützen. Es sei für die Bedürftigen auch wichtig, unabhängigen Rat zu bekommen.

Herr Weiler schloss sich dem an. Obgleich das Franziskusheim eine große Einrichtung sei, wäre es ihm unmöglich alle älteren Menschen in Geilenkirchen, die einer Betreuung bedürften, aufzunehmen. Der demografische Wandel werde die Situation verschärfen. Das Engagement des Franziskusheims beziehe sich lediglich auf die Aufstockung einer geplanten 0,3-Stelle auf eine 0,5-Stelle. Gerade die älteren Menschen in den Außenorten würden von einer Wohnberatung profitieren. Die Wohnberatung vor Ort hätte auch einen anderen Ansatz. Im Gegensatz zu der Beratung durch die zuständigen Stellen beim Kreis, die fallbezogen agieren würden, wirke die Wohnberatung präventiv. Er verspreche sich durch deren Arbeit, dass weniger fallbezogene Kosten entstünden, wodurch auf Dauer die Kreisumlage sinke. In spätestens zwei Jahren sei jedoch eine Evaluierung notwendig.

Herr Benden wies darauf hin, dass es keineswegs so sei, dass der Kreis seine Aufgaben auf die Stadt delegiere. Vielmehr werde hier die Notwendigkeit einer Wohnberatung vor Ort erkannt. Hierfür sei das Franziskusheim ein starker Partner, der das Projekt hervorragend begleiten könne. Wenn hierfür schon Fördermittel zur Verfügung stünden, sollte man sie dafür auch nutzen.

Frau Brandt antwortete, auch die Bürgerliste erkenne die hervorragende Arbeit des Franziskusheims an. Bei ihren vorherigen Ausführungen sei es keineswegs darum gegangen diese in Abrede zu stellen. Es sei nun einmal so, dass die Hilfen für die Bedürftigen aus Fördermitteln finanziert würden, über die andere Stellen zu befinden hätten. In ihrer täglichen Arbeit mit Betreuten hätte sie die Erfahrung machen müssen, dass Hilfen zur Verbesserung des Wohnumfelds nur sehr schwierig zu bekommen wären, wenn nicht bestimmte Kriterien hierfür erfüllt würden. Da den Beziehern von Leistungen der Grundsicherung in der Stadt kaum angemessener Wohnraum zur Verfügung stünde, würde diesen Menschen eine Wohnberatung auch nichts nützen. Bei ihnen sollten keine unerfüllbaren Hoffnungen geschürt werden.

Herr Grundmann vermerkte, auch die SPD-Fraktion stelle nicht die gute Arbeit des Franziskusheims in Abrede. Für viele, ältere Menschen aus den Außenorten sei es schon schwer genug in die Stadtmitte zu gelangen. Wenn jedoch die notwendigen Kriterien erfüllt wären, könne eine Wohnberatung zielführend sein. Die Beihilfeprüfung stehe zwar noch aus, jedoch könne der Ausschuss bereits heute abstimmen.

Herr Kleinen verwahrte sich vehement gegen die Aussage eines Vorredners, er habe eine Aussage zu Ungunsten des Franziskusheims getroffen. Das Gegenteil sei der Fall. Er unterstütze die gute Arbeit des Franziskusheims. Er werde jedoch dem Antrag nicht zustimmen, solange die Beihilfeprüfung durch die Kämmerei nicht abgeschlossen sei.

Beschlussvorschlag:

Ab einem noch mit der Franziskusheim gGmbH zu vereinbarenden Zeitpunkt, beteiligt sich die Stadt Geilenkirchen mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 9.900,00 € an den Kosten für die Errichtung einer 0,5-Stelle einer Wohnberatung für das Stadtgebiet Geilenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

TOP 3 Antrag der SPD-Fraktion: Vorstellung der Initiative "Erinnern - Geilenkirchen" Vorlage: 1489/2019

Herr Bruckschen informierte die Anwesenden ausführlich über die Arbeit, die Ziele und die Finanzierung der Initiative Erinnern.

Herr Grundmann dankte Herrn Bruckschen für den ausführlichen und informativen Vortrag. Es sei deutlich daraus hervorgegangen, mit welchen die Methoden die rechten Kräfte – auch vor Ort - im ländlichen Raum heute vorgehen und wie sie strukturiert seien. Dementsprechend wichtig sei eine präventive Arbeit hiergegen. Gerade Schüler müssten informiert und mitgenommen werden. Die Initiative erfülle damit auch einen Bildungsauftrag, der wichtig für die Stadt und die Gesellschaft wäre und ihr auch etwas wert sein müsse. Er bat Herrn Bruckschen um Auskunft, wie die Initiative unterstützt werden könne.

Herr Speuser schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er selbst hätte in einer Runde dabei sein und erleben dürfen, wie die ortsansässigen Schulen zusammenarbeiten.

Herr Benden äußerte ebenfalls seinen Dank gegenüber Herrn Bruckschen. Die gute Zusammenarbeit der örtlichen Schulen sei begrüßenswert. Hierzu bedürfe es Multiplikatoren, wie die Initiative Erinnern. Es sei daher richtig und wichtig sie zu unterstützen. Bereits seit Jahrzehnten werde alljährlich der Synagogenplatz als Schandfleck der Stadt bezeichnet. Alle Fraktionen im Rat seien sich einig, dass hier etwas getan werden müsse. Hier gelte es mittelfristig hartnäckig zu bleiben. Herr Benden forderte Herrn Bruckschen auf, zu benennen, was Rat und Verwaltung tun könnten, um die Initiative zu unterstützen. Herr Bruckschen verwies auf die Zahlen, die er vorhin in seinem Vortrag genannt hatte. Insgesamt würden noch 1.500,00 € benötigt. Diese stellten den groben Rahmen dessen dar, was die Initiative noch an finanzieller Unterstützung benötige. Im vergangenen Jahr hatte die Initiative einen Zuschussantrag zurückgezogen, weil die Fraktionen sich mehr Informationen gewünscht hatten. Über die Form der Abrechnung müsse noch nachgedacht werden.

Frau Brandt lobte ebenfalls den guten Vortrag. Er habe umfassende Einblicke in die Arbeit der Initiative gewährt. Etwas Wichtiges fehle aber: die Angabe eines Kontos für eine Spende der Fraktionen.

Herr Weiler drückte ebenfalls seinen Dank für den Vortrag aus. Es sei richtig, dass man keinen Blankoscheck ausstellen könne. Ebenfalls sei die Abrechnung zu klären. Er fragte an, ob es noch andere Vereine und/oder Institutionen gebe, die die Initiative unterstützen würden. Herr Bruckschen verwies auf den entsprechenden Inhalt seines Vortrags. Evtl könnten die Maßnahmen der Initiative vorfinanziert werden, um dann nach Abschluss abzurechnen.

Herr Grundmann schlug vor, eine Obergrenze für die Förderung der Initiative zu setzen und diese gebe jährlich einen Rechenschaftsbericht im Ausschuss.

Herr Benden verwies darauf, dass über eine Förderung im Ausschuss nicht zu beschließen sei. Eine offizielle Beantragung sei seiner Meinung nach überflüssig. Wenn „Not am Mann“ sei, möge die Initiative sich melden. Er empfahl einen entsprechenden Beschlussvorschlag an den Rat.

I. Beigeordneter Brunen wies darauf hin, dass Mittel für eine Bezuschussung der Initiative nicht im Haushalt eingestellt wurden. Die Verwaltung werde die Initiative im Rahmen des Kulturprogramms der Stadt unterstützen und auch aktiv bei der Sponsorensuche behilflich sein, um den benötigten Betrag in diesem Jahr zu erzielen.

Ausschussvorsitzender Banzet unterstützte den Vorschlag und empfahl eine Abstimmung in einer der nächsten Sitzungen.

**TOP 4 Jahresbericht 2018 der Stadtbücherei Geilenkirchen
Vorlage: 1491/2019**

Frau Zaharanski gab den Jahresbericht für 2018 für die städtische Bücherei ab. Der Bericht ist als Anlage beigefügt.

Auf die entsprechende Anfrage des Herrn Speuser antwortete Frau Zaharanski, das Fremdsprachenangebot der Bücherei sei begrenzt. Es würden keine Sprachkurse angeboten. Die Fernleihe schwanke sehr stark. Dies liege auch an den heutigen Möglichkeiten, Informationen aus dem Netz zu beziehen. Dennoch werde man für die Fernleihe werben, bsw. in der Presse.

Ausschussvorsitzender Banzet dankte Frau Zaharanski für den guten Vortrag und die gute Arbeit und bat sie, den Dank an ihr Team weiterzugeben.

**TOP 5 Übersicht über die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen
Schulen zum Schuljahr 2019/2020
Vorlage: 1490/2019**

I. Beigeordneter Brunen verwies auf die Anlage zur Sitzungseinladung. Hier hätte sich lediglich die Anzahl der Schüleranmeldungen in der Realschule verändert, nämlich auf 39, sodass man derzeit von einer Zweizügigkeit ausgehen könne. Ansonsten blieben die Zahlen in der zugesandten Tabelle unverändert.

Auf die entsprechende Frage des Herrn Klein antwortete der I. Beigeordnete, dass die steigenden Geburtenzahlen und die höheren Zuzugszahlen, die im Kita-Bereich für höheren Platzbedarf sorgen, auch zeitversetzt bei der Schulentwicklungsplanung im Auge behalten werden müssen.

TOP 6 Eintrittsgelder für Vereine im Gelobad
Vorlage: 1492/2019

Herr Goertz bezog sich auf die Vorlage zur Sitzungseinladung und erläuterte nochmals anhand einer Präsentation die Notwendigkeit Eintrittsgelder bei den Schwimmvereinen zu erheben, die das Gelobad nutzen und die damit zu erzielende Steuerersparnis für die Stadt. Das Verfahren wurde mit dem Steuerberater der Stadt abgestimmt.

Herr Kasper begrüßte die Erhebung von Eintrittsgeldern. Immerhin handele es sich bei dem Gelobad um die teuerste Sportstätte in der Stadt, zumal hierdurch der Vorsteuerabzug in Höhe von 19 % erspart werden könne. Evtl. könnte auch für die anderen Sportstätten ein Nutzungsentgelt erhoben werden. Herr Goertz verwies auf den politischen Willen, kein Nutzungsentgelt für die übrigen städtischen Sportanlagen zu erheben.

Herr von St. Vieth bemängelte, dass zu dem Gespräch zwischen den Schwimmvereinen und der Verwaltung der Stadtsportverband nicht hinzugezogen wurde. Dass die Verwaltung Steuern sparen wolle, sei nachvollziehbar und begrüßenswert. Ein Nutzungsentgelt für die übrigen Sportstätten sei jedoch abzulehnen.

Herr Weiler wies darauf hin, dass das Gespräch zwischen der Verwaltung und den drei Schwimmvereinen bereits am 29.01.2019 stattfand. Am 27.02. wurde die Sitzungsvorlage gestellt. Die Vereine und ihr Dachverband hätten also alle Zeit gehabt sich abzustimmen. Die Schwimmvereine hätten einem guten Vorschlag der Verwaltung zugestimmt. Warum sie beim Gespräch mit der Verwaltung ihren Dachverband nicht mit hinzugezogen hätten, sei Sache der Vereine. Offenbar fühlten sie sich vom Stadtsportverband in dieser Frage nicht richtig vertreten. Herr Weiler regte weiter an, über die Gründung eines Eigenbetriebs für Sportstätten nachzudenken. Dieser könnte selbstständig agieren. Die Entscheidungen würden dann in einem Wirtschaftsausschuss getroffen. Dies beinhalte auch eine finanzielle Entscheidung, über die der Rat zu befinden habe.

Herr Benden befand den Vorschlag des Herrn Kasper überlegenswert. Durch das Übereinkommen zwischen den Vereinen und der Verwaltung werde der städtische Haushalt entlastet. Es sei nun zu prüfen, wie im Gegenzug die Vereine entlastet werden könnten. Herr Weiler wies darauf hin, dass die Schwimmvereine durch Schwimmkurse, z. B. für die Polizei, auch Einnahmen durch die Nutzung des städtischen Hallenbades erzielten. Die Erhebung eines Nutzungsentgelts von 50 Ct. pro Teilnehmer sei daher nicht zu hoch.

Herr Klein erkundigte sich, warum der Stadtsportverband nicht zu den Gesprächen hinzugezogen wurde. I. Beigeordneter Brunen teilte mit, die Verwaltung hätte den Vorstand des Stadtsportverbands über den Sachverhalt informiert und erst danach die beteiligten Schwimmvereine eingeladen. Es wäre nun deren Sache gewesen, ihren Dachverband hinzuzuziehen.

Herr Kasper berichtete davon, dass offensichtlich durch das Drehkreuz eine genaue Zuordnung der Vereinsmitglieder schwierig sei. I. Beigeordneter Brunen antwortete, dass dies zutrefte und hier mit den Vereinen nach einer gerechten Lösung gesucht werde. Auch werde es nicht möglich sein, die Vereine im Gegenzug für die Steuerersparnis 1 : 1 zu entlasten. Es sei jedoch angedacht, Ihnen die Durchführung von Schwimmkursen, z. B. für Migranten, zu ermöglichen. Hierfür stehen Fördermittel zur Verfügung. Herr Benden begrüßte diese Lösung.

Beschlussvorschlag:

Für die Nutzung des Gelobades durch die Vereine wird je Nutzung ein Entgelt von 0,50 € brutto pro Besucher festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Anfragen

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um: 20:39

Vorsitzender



Marko Banzet

Schriftführerin:



Irmtrud Penners